

Beitrag zum „Haushalt 2017“, Ratssitzung am 19. Dezember 2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen!

Ein Haushaltsplan ist kein Befehl mit Anspruch auf Gehorsam für das nächste Jahr, sondern „nur“ ein Plan! Ob er erfüllt werden kann oder nicht, ist abhängig von vielen Faktoren. Ein Haushaltsplan ist aber die Grundlage für eine rationale Haushaltsführung.

Aber: Auch bei sorgfältigen Schätzungen können Abweichungen eintreten, die einen Nachtragshaushalt erforderlich machen.

Diese Möglichkeit wird von der SPD – Fraktion für 2017 nicht ausgeschlossen.

Wie schnell sich Bedingungen ändern, konnten wir 2016 erleben. Hatten wir 2016 ursprünglich rund 5 Mill. € an Gewerbesteuern eingeplant, mussten die Erwartungen zwischenzeitlich bis auf 3,8 Mill. € reduziert werden. Zum Glück hat sich die Situation deutlich verbessert und der „IST – Stand“ liegt bei ca. 4,6 Mill. €. Damit konnte auch die Veranlagung für 2017 gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf erhöht werden.

Die Orientierungsdaten für 2017 erwarten eine Steigerung von 11,3 % - die Steuerschätzungen vom November prognostizieren eine Steigerung von 9,9 % bei der Gewerbesteuer. Der Kämmerer hat für 2017 aber lediglich eine Steigerung von 5 % kalkuliert, frei nach dem Motto: „Vorsicht ist die Mutter der Porzellankeule!“

Überhaupt: Traditionell waren bisher alle Kämmerer der Gemeinde stets sehr vorsichtig – von Gerhard Schröder über Jörg Pieper (der auch als BM noch immer ein wenig Kämmerer geblieben ist) bis zu Marcus Aukskel und Uwe Siemen.

Vielleicht erleben wir ja ein Ergebnis wie 2014 – damals wurde eine „positive Null“ geplant (plus 12.300,00 €) – tatsächlich liegt der Überschuss vermutlich bei rund einer Millionen €!

Zurück zum Haushalt: Unmittelbar wirkt sich die Erhöhung der Vergnügungssteuer aus, das ist gut so, denn die Sinnhaftigkeit der Spielhallen und Automaten ist aus unserer Sicht fragwürdig.

Stichwort „Schlüsselzuweisung“!

Die Verwaltung ging im ersten Haushaltsentwurf von einem Grundbetrag von 942,30 € aus, mit tatsächlich 967,36 € ist jedoch eine deutliche Verbesserung eingetreten.

Und auch der LK hat seine Hausaufgaben gemacht. Aufgrund der guten „Kassenlage“ konnte die Kreisumlage von 35,5 % auf 34 % gesenkt werden – alle hier anwesenden Kreistagsmitglieder haben diese Entscheidung mitgetragen, dafür herzlichen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf die Aufzählung vieler Zahlen verzichten. Statt dessen einige Anmerkungen zu den Herausforderungen für die Gegenwart und Zukunft – die sich natürlich auf die jeweiligen Haushalte auswirken werden.

Die eingeplanten Kredite für den Ankauf von Flächen für Wohnen und Gewerbe sind sinnvoll und erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu erhalten. Wichtig scheint uns, dass größere und zusammenhängende Flächen angekauft werden können – so können Planungen über einen längeren Zeitraum realisiert und Gewerbeflächen beworben werden.

Der Kapitalrückfluss ist gesichert – man könnte also von einem „durchlaufenden Posten“ sprechen. Und die derzeit niedrigen Zinsen verteuern die zu verkaufenden Grundstücke selbst dann nur sehr geringfügig, wenn der Verkauf ein wenig gestreckt erfolgt.

Die Gewerbesteuer – Einnahmen hätten gesteigert werden können, wenn sich die Gemeinde aktiver an der Energiewende beteiligt hätte. Allein in den letzten drei oder vier Jahren haben wir auf einen sechsstelligen Betrag verzichtet.

Wir „jammern“ da nicht rum – das war eine mit Mehrheit getroffene politische Entscheidung.

Auch die demografische Entwicklung wird uns beschäftigen müssen. Einerseits brauchen wir Wohnungen, die bezahlbar und die frei von Barrieren sind, also für Menschen mit Einschränkungen und/oder mit geringem Einkommen.

Andererseits brauchen wir Wohnungen, die sich z.B. Alleinerziehende oder Berufsanfänger leisten können. Wir brauchen aber auch Wohnungen, in denen sich junge Familien (mit Kinderwünschen!) einrichten und ihre Lebensplanung (bis zum Erwerb von Eigentum) entwickeln können. Dazu brauchen wir verlässliche Partner auf dem Immobiliensektor, z.B. die Wohnungsgesellschaft, in der auch die Gemeinde Wiefelstede Anteile hat.

Natürlich müssen wir in allen Planungsgebieten die genannten Bedürfnisse berücksichtigen.

Die SPD-Fraktion sorgt sich um den **sozialen Zusammenhalt**.

Dazu gehört die Wertschätzung des Ehrenamtes. Es ist gut, dass sich viele Integrationshelfer um die Belange der Schutzsuchenden kümmern – dafür ausdrücklich Dank und Anerkennung. Darüber dürfen wir aber nicht die Menschen vergessen, die seit Jahr und Tag ehrenamtlich helfend tätig sind, z.B. in den Nachbarschaften, die Trainer und Betreuer im Sportbereich, in der Seniorenbegleitung, in der AWO, Bürgerinnen und Bürger, die in den Vorständen der Vereine arbeiten oder ihren gefährlichen Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren leisten. Ihnen allen müssen wir dankbar sein – aber auch die erforderliche Unterstützung gewähren – und dafür tritt die SPD-Fraktion auch weiterhin ein.

Die Kindertagesstätten werden in der Beratungsvorlage bzw. im Vorbericht als „Treiber“ der Aufwandsentwicklung dargestellt. Richtig ist, dass der Zuschuss für das Jahr 2017 gegenüber diesem Jahr um gut 400.000,00 € steigen wird.

Das müssen wir aber nicht bedauern, denn z.T. geht es dabei um Tarifabschlüsse. Und wer gute und verantwortungsvolle Arbeit in den Kitas leistet, der soll auch anständig bezahlt werden. Und in den Wahlprogrammen aller Parteien steht als zentrale Aussage: „Kinder sind unsere Zukunft“. Für Wiefelstede bedeutet dies: „Wir wollen eine familienfreundliche

Gemeinde bleiben!“ Auch die SPD-Fraktion wird davon nicht abrücken, und wir rücken auch nicht von einer sozial gestaffelten Gebührensatzung ab. Über die Inhalte wird politisch zu entscheiden sein.

Gestatten Sie mir dazu aber einen kleinen Exkurs:

Bei der vorschulischen Bildung – in den Kitas – tragen die Kommunen eine starke Last, fast überall sind die Städte und Gemeinden auf Elternbeiträge angewiesen, die oft 25% - 30% der Kosten decken sollen. Wen erreicht bzw. belastet man damit? Die jungen Familien!

In der großen Politik werden (zu Recht) die BAFÖG-Sätze angepasst, die Länder schaffen (ebenfalls zu Recht) die Studiengebühren ab und (selbstverständlich zu Recht) ist der Besuch der staatlichen Schulen kostenfrei.

Nur die jungen Familien, die in unserer Gesellschaft besonders wichtig sind, werden also zusätzlich belastet. Stellen wir uns die Frage: „Was ist das für eine Logik, ist da nicht der Gesetzgeber gefordert?“

Die Schulpolitik wird uns im nächsten Jahr intensiv beschäftigen. Die Schülerzahlen sind nicht so stark gesunken wie prognostiziert wurde, die Rahmenbedingungen haben sich verändert („Klassenteiler“, doppelt „zu zählende Kinder“, Gestaltung der Inklusion ...). Im Ergebnis muss sich die Gemeinde deshalb mit ihren Aufgaben als Träger der Grundschulen und der Oberschule befassen und die Herausforderungen positiv „meistern“. Dabei darf eine „Wirtschaftlichkeitsberechnung“ (falls sie überhaupt möglich ist) nicht an erster Stelle stehen. Daher war es richtig, für die GS Wiefelstede (und für die Oberschule) für eine Übergangszeit von geplant zwei Jahren vier Containerklassen anzumieten.

Ein Arbeitskreis „Schule“ wird ab Januar 2017 über die Entwicklungsmöglichkeiten auf der Grundlage der pädagogischen Belange, der gesellschaftlichen Anforderungen und der möglichen Kostenentwicklung versuchen, für den Standort Wiefelstede tragfähige Lösungsvorschläge zu entwickeln. Da ist unsere Fraktion dabei.

Anders die Situation zum Raumbedarf an der GS Metjendorf. Hier hat eine deutliche Mehrheit im Fachausschuss die Entscheidung über „Miete“ oder „Ankauf“ eines mobilen Raumcontainers vertagt. Diese Entscheidung war und ist aus Sicht der SPD-Fraktion richtig. Der Raumbedarf an der GS Metjendorf ist unstrittig.

Die Wege zur Entscheidungsfindung waren aber bisher „nicht besonders glücklich“, da der Fachausschuss in den vorbereitenden Diskussionen besser hätte eingebunden werden können. Auch jetzt erfahren die Mitglieder des Schulausschusses aus dem Protokoll der Finanzausschusssitzung, dass sich die Kosten bei einem Ankauf verändern würden (vier statt drei Module, Verschalung der Außenhülle und eine Überdachung des Containers). Soll für die Schule eine „Container-Dauerlösung“ eingerichtet werden?

Wenn das Ergebnis -mehrheitlich entschieden- so sein sollte, werden wir es akzeptieren. Dann sind dazu aber vorher Beratungen mit allen Beteiligten durchzuführen, dann muss das Kollegium, die Schulleitung, die Elternvertretung eingebunden werden. Dann muss auch besprochen werden, ob gerade der § 4 NSchG – auf Dauer – ausreichend berücksichtigt wird, denn darin wird der barrierefreie und gleichberechtigte Zugang zum Lernort, die Benutzbarkeit aller schulischen Einrichtungen und die Einbeziehung in das Sozialleben

ausdrücklich formuliert. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die baulichen, räumlichen und sächlichen Ausstattungen ebenso wie die pädagogischen Vorgaben die uneingeschränkte Teilhabe am schulischen Leben ermöglichen sollen.

Deshalb haben wir in Wiefelstede auch nur einer Lösung auf Zeit beschlossen – warum sollen für die GS Metjendorf andere Diskussionsbedarfe bestehen? Deshalb die Schulausschusssitzung zum Jahresbeginn und „vor Ort“.

Und noch eine Bemerkung zum Bereich Schule: Wir schauen immer nur auf die Schülerzahlen an unseren Schulen. Sollten wir nicht auch die mehr als 600 Mädchen und Jungen beachten, die an Schulen außerhalb unserer Gemeinde angemeldet sind – und daraus Erkenntnisse ableiten?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
natürlich könnten noch mehr Punkte angesprochen werden; die exemplarische Darstellung einiger Themenfelder macht aber deutlich, dass wir keinen leichten Haushaltsplan 2017 zu beschließen haben. Es wird darauf ankommen, intensiv und über alle Parteigrenzen hinweg die vernünftigsten Lösungen zu finden, den Spagat zwischen Erforderlichkeit und Finanzierbarkeit zu schaffen, einander zuzuhören und Kompromissfähigkeit zu entwickeln. Die SPD-Fraktion ist dazu bereit.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltsplanes. Gerne hätten wir in der Fraktion einige Exemplare „auf Papier“ für die Vorbereitung gehabt, vielleicht klappt das ja irgendwann ...

Der Haushaltsplanung für 2017 (einschl. Finanzplanung 2018 – 2020 sowie der Fortschreibung des Investitionsprogramms für die Jahre 2017 – 2020) stimmt die SPD-Fraktion zu – handelt es sich doch dabei (wie eingangs gesagt) um eine „Grundlage für eine rationale Haushaltsführung“ für einen schwierigen Haushalt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit – und weil ich gerade das Wort habe: Die SPD-Fraktion wünscht allen hier im Saal ein frohes Weihnachtsfest, alles Gute im neuen Jahr, besonders Gesundheit, Zufriedenheit und Gottes Segen.

Jörg Weden
SPD-Fraktionsvorsitzender